

61. Sitzung

Düsseldorf, Donnerstag, 27. Juni 2019

Top 1: Endlich ein Zuhause - Landesinitiative gegen Wohnungslosigkeit in Nordrhein-Westfalen,

Unterrichtung der Landesregierung

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Mostofizadeh. –Für die FDP-Fraktion spricht Frau Kollegin Schneider.

Susanne Schneider (FDP): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Werte Vordner vor allem von der Opposition, Sie haben gesagt, dass Sie sich das vom Minister vorgelegte Konzept durchgelesen hätten. Sie stellen Forderungen. Das meiste, was Sie fordern, soll mit dem Konzept erfüllt werden, oder wir haben es schon erfüllt.

Sie beide kritisieren mal wieder, dass wir etwas gegen Quartiersarbeit und Quartiersentwicklung hätten. Das hat kein Mensch, wir waren nur dagegen, dass die stationäre Pflege permanent benachteiligt wird.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Im Gegenteil: Wir haben in den Haushalt sogar 4 Millionen Euro speziell für die Armutsbekämpfung im Quartier eingestellt.

Was wollen Sie denn noch mehr, werte Kolleginnen und Kollegen? Und was haben Sie gemacht?

Viele von Ihnen kommen morgens von der Straßenbahnhaltestelle hier ins Haus. Dabei laufen Sie an den Obdachlosen vorbei, die mit ihrem letzten Hab und Gut drüben unter der Brücke schlafen. Hier wird Wohnungslosigkeit offensichtlich, hier ist Wohnungslosigkeit sichtbar – unmittelbar vor unserer Haustür.

Der Verlust der Wohnung ist einer der härtesten Einschnitte im Leben. Der private Schutzraum, ein vertrautes soziales Umfeld und der Anknüpfungspunkt für viele Dinge des täglichen

Lebens gehen damit verloren. Das ist ein Schicksal, das wohl kein Mensch erleben möchte. Ein menschenwürdiges Leben ist unter solchen Bedingungen kaum möglich. Menschen können durch ganz verschiedene persönliche, gesundheitliche, familiäre oder wirtschaftliche Schicksale in diese prekäre Lebenslage geraten sein. Deshalb ist es wichtig, nicht nur den Wohnungsverlust zu betrachten und den betroffenen Menschen wieder ein Dach über dem Kopf, ein Zuhause, zu geben, sondern auch die individuellen Ursachen dieser Wohnungslosigkeit anzugehen.

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, Obdachlosigkeit ist ein zunehmendes Problem. Gerade in den vergangenen Jahren ist ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen. Die Zahlen haben wir gerade gehört. Auch Armutszuwanderung innerhalb der EU und Geflüchtete, die außerhalb der Sammelunterkünfte Wohnungen suchen, spielen in diesem Zusammenhang eine Rolle. Diese Zahlen müssen wir uns anschauen, da wir wissen müssen, wie der Bedarf ist. Das hat nichts damit zu tun, Kollege Neumann, dass wir hier irgendwelche Wohnungslosengruppen gegeneinander ausspielen. –Das ist Quatsch.

Dennoch ist der Anstieg so bedenklich, dass er eine Aufforderung zum Handeln darstellt. Die NRW-Koalition aus Union und FDP betrachtet nicht nur das Problem, sondern hat bereits gehandelt. Mit dem Programm „Hilfen in Wohnungsnotfällen“ unterstützt das Land Kommunen bei der Bekämpfung von Obdachlosigkeit. Im Rahmen der Haushaltsberatungen haben wir 3 Millionen Euro zusätzlich in den Haushalt eingestellt, im nächsten Jahr kommen noch einmal 2 Millionen Euro hinzu.

(Beifall von der FDP und Petra Vogt [CDU])

Damit hat diese NRW-Koalition den Kampf gegen Wohnungslosigkeit zu einem Schwerpunktthema ihrer Sozialpolitik gemacht. Ich freue mich, dass Minister Laumann dazu heute mit der Initiative „Endlich ein ZUHAUSE!“ ein umfassendes Konzept mit Bausteinen zu den unterschiedlichen Aspekten der Bekämpfung von Wohnungslosigkeit vorgelegt hat.

Wir führen keine ideologischen Debatten, wir handeln mit praktischen Ansätzen in der Sozialpolitik.

(Beifall von der FDP –Vereinzelt Beifall von der CDU)

Dabei wollen wir die Umsetzung gemeinsam mit den unterschiedlichen Akteuren von Kommunen, Jobcentern, Wohnungswirtschaft, Wohlfahrtspflege und Zivilgesellschaft erreichen. Für uns stehen präventive Angebote im Vordergrund, um Wohnungsverluste, zum Beispiel Wegen Mietschulden, zu vermeiden oder um Wohnraum speziell für wohnungslose Menschen zur Verfügung zu stellen.

Die geplante Förderung von Ansprechpartnern für Wohnungsakquise und Betreuung kann dabei viel bewegen. Dazu zählt auch der Ansatz Housing First. Für alle, die nicht so in der Thematik sind: Suchtkranke Menschen können eine Wohnung vermittelt bekommen, noch bevor sie therapeutische Maßnahmen ergriffen haben. –Das ist uns sehr, sehr wichtig.

Ich möchte insbesondere auf zwei weitere Aspekte eingehen. Nach den aktuellen Zahlen sind rund ein Drittel aller Wohnungslosen Frauen. Wohnungslose Frauen sind in der Öffentlichkeit viel weniger sichtbar als Männer. Sie verstecken sich, oft aus Scham oder aus Angst vor Diskriminierung, um ihre Situation zu verbergen. Deshalb sehen wir Frauen seltener auf der Straße leben. Sie täuschen Normalität vor und leben quasi inkognito, teilweise bei Freunden oder vorübergehenden Männerbekanntschaften. Damit sind sie dann aber auch besonders von Abhängigkeiten und familiärer bzw. partnerschaftlicher Gewalt betroffen.

Viele von ihnen versuchen mit allen Kräften, ihre Probleme selber in den Griff zu bekommen. Gerade diese Strategie macht die Probleme oft noch schlimmer und setzt eine Abwärtsspirale in Gang. Mit den bestehenden Hilfsangeboten wurden diese Frauen in der Vergangenheit zu selten erreicht. Auch das ändern wir.

(Beifall von der FDP)

Für mich ist es wichtig, dass jeder Mensch, gleich welchen Geschlechts, in die Lage versetzt wird, selbstbestimmt in seinen vier Wänden leben zu können.

Deshalb ist es richtig und wichtig, dass eine Verbesserung des Angebots für wohnungslose Frauen zentraler Bestandteil der neuen Landesinitiative ist.

(Beifall von der FDP)

Wir wollen dazu beitragen, dass bestehende kommunale Unterstützungs- und Hilfeangebote besser zusammenwirken. Die unterschiedlichen Stellen in den Kommunen brauchen ein ver-

stärktes Bewusstsein für die Probleme wohnungsloser Frauen, um gezielt Hilfen anbieten zu können. Zu diesem Zweck können wir gezielt Informationsaustausch und Beratung sowie Projekte zum Beispiel für Frauen in ländlichen Gebieten oder speziell für Seniorinnen anbieten.

Darüber hinaus brauchen wir natürlich mehr Angebote für von häuslicher Gewalt betroffene Frauen. Auch hier hat die Landesregierung gehandelt: Die Zahl der Frauenhausplätze wurde hochgefahren, und das wird auch weiterhin geschehen. Die Frauenhäuser in Nordrhein-Westfalen haben aktuell so viel Geld zur Verfügung wie noch nie zuvor.

(Beifall von der FDP)

Ein mir besonders wichtiger Aspekt ist die medizinische Versorgung von Obdachlosen. Menschen, die auf der Straße leben, sind nicht nur von unzureichenden hygienischen Bedingungen, sondern meist auch von mehreren chronischen Erkrankungen betroffen. Meistens haben sie Hauterkrankungen oder eine COPD. Viele von ihnen sind zwar krankenversichert, scheuen aber den Besuch einer regulären Arztpraxis. Deshalb gibt es inzwischen in einigen Kommunen in Nordrhein-Westfalen spezialisierte, niedrighschwellige Angebote für wohnungslose Menschen. Unser Land war mit dem Finanzierungskonzept unter Beteiligung von Krankenkassen, Kassenärztlichen Vereinigungen und Kommunen Vorreiter beim Aufbau aufsuchender medizinischen Hilfen durch die mobilen Dienste.

Daneben gibt es auch spezialisierte Praxen für Obdachlose wie hier in Düsseldorf oder zu Hause in meinem Heimatskreis. Wir wollen derartige gezielte Versorgungsangebote im Land weiterverbreiten und den Ausbau weiterer mobiler Dienste anstoßen.

Zudem haben wir bereits im letzten Jahr die Gesundheitsversorgung von Wohnungslosen mit zusätzlichen Landesmitteln zur Anschaffung medizinischer Geräte unterstützt. Mit der Landesinitiative wollen wir darüber hinaus die Suchthilfeberatung für wohnungslose Menschen stärken.

Im Verlauf der Redebeiträge hat sich eine Art „Baudebatte“ entwickelt. Werte Kolleginnen und Kollegen vor allem der Opposition, gegen Wohnraumknappheit hilft vor allem eins, nämlich der Bau von Wohnungen.

(Beifall von der FDP – Jochen Ott [SPD]: Ja, genau! Sehr differenzierte Aussage! –
Gegenruf von der **FDP)**

Wenn Sie aber permanent dagegen arbeiten und die Auflagen immer weiter hochfahren wollen, helfen Sie nicht dabei, zusätzlichen Wohnraum zu schaffen. Wir haben entfesselt, und wir wollen, dass gebaut wird. Wir wollen, dass in Nordrhein-Westfalen jeder Mensch ein vernünftiges Dach über dem Kopf hat. –Ich danke Ihnen.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Schneider.– Entgegen der vorab festgelegten Redereihenfolge bittet Herr Beckamp aus gesundheitlichen Gründen darum, dass zuerst Herr Ott spricht. Vielen Dank, Herr Ott.